

II. BEMERKUNGEN DES SACHWALTERS ZUR GLÄUBIGERVERSAMMLUNG

1. Legitimation

Die Einladung gilt als Zutrittsausweis zur Gläubigerversammlung. Sie ist durch den Gläubiger oder dessen Vertreter im Original bei der Zutrittskontrolle abzugeben.

Gläubigervertreter, die noch keine Vollmacht eingereicht haben, haben sich zusätzlich durch eine schriftliche Vollmacht (siehe Rückseite der Einladung) über ihre Vertretungsbefugnis auszuweisen.

Medienvertreter haben keinen Zutritt zur Gläubigerversammlung.

2. Sprache

Mit Rücksicht auf anwesende Personen anderer Muttersprache wird die Versammlung in Hochdeutsch durchgeführt. Fragen werden aber auch auf Englisch und Französisch beantwortet.

3. Stimm- und Wahlrecht

Alle zur Gläubigerversammlung zugelassenen Gläubiger sind zur Wahl des Liquidators und der Mitglieder des Gläubigerausschusses berechtigt. Alle Gläubiger, inklusive diejenigen mit bedingten, privilegierten und pfandgesicherten Forderungen und unabhängig davon, ob sie ihre Forderungen rechtzeitig angemeldet haben oder ob die Forderungen von der Schuldnerin ganz oder teilweise bestritten werden, haben ein berechtigtes Interesse daran, mitbestimmen zu können, wer Liquidator oder Mitglied des Gläubigerausschusses wird.

In Bezug auf die schriftliche Abstimmung über den Nachlassvertrag wird auf Ziffer 6 nachstehend verwiesen.

4. Bericht des Sachwalters

Der Sachwalter wird den beiliegenden, ausführlichen Bericht und den ebenfalls beiliegenden, nachgeführten Status per 5. Dezember 2003 anlässlich der Gläubigerversammlung erläutern und mündlich ergänzen.

5. Vorgeschlagener Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung

Der vorgeschlagene Nachlassvertrag (s. Ziffer IV der vorliegenden Dokumentation) ist ein Standard-Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung. In diesem Zusammenhang wird auf den beiliegenden schriftlichen Bericht verwiesen.

6. Abstimmung über den Nachlassvertrag

Im Anschluss an die Verhandlungen über den Nachlassvertrag (Traktandum 3) und die Wahl der Liquidationsorgane (Traktanden 4 und 5) wird den anwesenden Gläubigern die Möglichkeit geboten, die Stimmabgabe zum Nachlassvertrag vorzunehmen. Die Abstimmungsunterlagen werden bei der Zutrittskontrolle zur Gläubigerversammlung abgegeben.

Einige Tage nach der Gläubigerversammlung werden allen Gläubigern, die von der Möglichkeit der Stimmabgabe zum Nachlassvertrag anlässlich der Gläubigerversammlung nicht Gebrauch gemacht haben, der bereinigte Nachlassvertrag sowie die Abstimmungsunterlagen zugestellt. Die Gläubiger haben dann die Möglichkeit, ihre Stimme schriftlich beim Sachwalter einzureichen.

Der Nachlassvertrag gilt als von den Gläubigern angenommen, wenn mehr als die Hälfte der Gläubiger mit mindestens zwei Dritteln der stimmberechtigten Forderungen oder ein Viertel der Gläubiger mit mindestens drei Vierteln der stimmberechtigten Forderungen zustimmen (Art. 305 SchKG).

Es wird allen Gläubigern, unabhängig davon, ob sie ihre Forderungen rechtzeitig angemeldet haben oder ob die Forderungen von der Schuldnerin bestritten werden, die Möglichkeit geboten, an der Abstimmung teilzunehmen. Durch dieses Vorgehen werden die Stimmrechte der einzelnen Gläubiger nicht von vornherein anerkannt. Es geht darum, das Abstimmungsverfahren möglichst einfach und transparent zu gestalten. Bei der Auswertung

der Stimmen wird dann im Sinne der gesetzlichen Vorschriften zwischen den stimmberechtigten und den nicht stimmberechtigten Gläubigern und Forderungen unterschieden. Sollte das Abstimmungsergebnis jedoch mit oder ohne die Stimmen der Gläubiger, welche ihre Forderungen verspätet angemeldet haben oder deren Forderungen von der Schuldnerin ganz oder teilweise bestritten werden, gleich ausfallen, wird sich eine Diskussion über die Stimmrechte erübrigen. Andernfalls wird dem Nachlassrichter das nach der Beurteilung des Sachwalters relevante Abstimmungsergebnis vorgelegt. Es wird dann Sache des Nachlassrichters sein, die Stimmrechte der einzelnen Gläubiger definitiv zu beurteilen. Durch das schriftliche Abstimmungsverfahren wird sichergestellt, dass das Stimmverhalten jedes einzelnen Gläubigers bekannt und aktenkundig ist. Die Abstimmung und deren Ergebnis können somit jederzeit nachvollzogen werden.

7. Akteneinsicht

Vom 27. September bis zum 21. Oktober 2004 liegen die Akten den beteiligten Gläubigern beim Sachwalter, Fürsprecher Dr. Fritz Rothenbühler, c/o Wenger Plattner, Jungfraustrasse 1, 3000 Bern 6, zur Einsicht auf. Werktags jeweils zwischen 08.00 - 12.00 und 13.30 - 17.00 Uhr können interessierte Gläubiger auf telefonische Voranmeldung hin (Telefon Nr. +41 (0) 31 357 00 00) die Akten unter Vorlage eines gültigen Personalausweises einsehen. Vertreter haben das Vertretungsverhältnis zusätzlich mit einer schriftlichen Vollmacht zu belegen.

Bern, 17. September 2004

Der Sachwalter



Dr. Fritz Rothenbühler